

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	13
Einleitung	15
A. Aktuelle Fallbeispiele	16
I. Die Russische Föderation und der Umgang mit oppositionellen Journalisten	16
1. Der Fall Alexei Nawalny	16
2. Die Zeitschrift Nowaja Gaseta	17
II. Die Türkei und ihre inhaftierten Journalisten	18
III. Die Situation in Ungarn und Polen	19
1. Die Einführung des ungarischen Mediengesetzes und Ungarns Verfassungsänderung	19
a. CLXXXV über Mediendienstleistungen und Massenmedien – das ungarische Mediengesetz von 2010	19
b. Die Änderung der ungarischen Verfassung	20
2. Die polnischen Mediengesetze	22
B. Gang der Untersuchung	23
C. Stand der Forschung	26
Teil 1: Der europäische Menschenrechtsschutz	29
A. Die Entstehung des „Völkerrechts der Menschenrechte“	29
I. Das Aufkommen der Menschenrechtsidee und ihre geschichtliche Weiterentwicklung	29
1. Menschenrechte in der Antike	29
2. Menschenrechte in Mittelalter und Neuzeit	30
II. Die Internationalisierung des Menschenrechtsschutzes	32
B. Europa als Vorreiter auf dem Gebiet des Menschenrechtsschutzes	34
I. Das Bedürfnis für ein Menschenrechtsschutzsystem auf europäischer Ebene	35

II. Die Europäische Menschenrechtskonvention	36
1. Die Entstehung der Europäischen Menschenrechtskonvention	36
2. Der signifikante Unterschied zu anderen Menschenrechtsschutzsystemen	37
a. Das Rechtsinstrument der Individualbeschwerde als Meisterwerk	37
1) Die American Convention on Human Rights – ein rechtsvergleichender Exkurs	38
2) Das Individualbeschwerdeverfahren nach Inkrafttreten des 11. Zusatzprotokolls	39
b. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte als Spruchkörper	41
c. Die Rolle des Europarates als „Hüter der Menschenrechte“	42
III. Die Bedeutung des europäischen Menschenrechtsschutzes für den Journalismus in Europa	44
IV. Zwischenfazit	46
Teil 2: Der Grundsatz staatlicher Souveränität als andauerndes Hindernis für eine effektive Durchsetzung der Menschenrechte in Europa	49
A. Das Prinzip staatlicher Souveränität als völkerrechtlicher Grundsatz	49
I. Der Inhalt des Grundprinzips der staatlichen Souveränität	49
II. Die Entstehungsgeschichte des Prinzips der staatlichen Souveränität	51
III. Die Bedeutung der Souveränität nach „klassischem“ Völkerrechtsverständnis	54
IV. Die Verankerung des Grundsatzes der staatlichen Souveränität im „modernen“ Völkerrecht	57
1. Die Unverletzlichkeit von Missionsräumlichkeiten im Diplomatenrecht als Ausprägung des Prinzips staatlicher Souveränität	57
2. Par in parem non habet iurisdictionem	61
3. Relativierung im Bereich des Menschenrechtsschutzes?	64
a. Die Möglichkeit einer theoretischen Rechtfertigung der Relativierung nach Thomas Hobbes	65

b. Würdigung des Ansatzes	67
c. Die Relativierung der Souveränität im Spannungsfeld einer humanitären Intervention	68
1) Der Begriff der humanitären Intervention	69
2) Überblick zum Meinungsstand bzgl. der Zulässigkeit einer humanitären Intervention in der völkerrechtlichen Rechtsprechung und Wissenschaft	72
a) Tatbestandliche Einschränkung des Gewaltverbotes	73
b) Rechtfertigung einer tatbestandlichen Verletzung des Gewaltverbotes	75
(1) Ausdehnung anerkannter Rechtfertigungsgründe	75
(2) Einführung neuer Rechtfertigungsgründe	77
3) Bewertung und Kritik der Ansätze	78
4. Zwischenfazit	81
B. Zweite These: Das Fehlen einer Zwangsgewalt im Völkerrecht und die Immunität von Autokratien gegen die faktische Durchsetzung von Menschenrechten	83
Teil 3: Verbesserung der Durchsetzung der europäischen Menschenrechte zulasten staatlicher Souveränität bei Verletzungen von Normen mit ius cogens-Charakter	87
A. Der Ausgangskonflikt und Aufstellung der dritten These	87
B. Das grundsätzliche Verständnis von ius cogens	88
I. Art. 53 WVK als Ausgangspunkt	89
1. Anerkennung durch die internationale Staatengemeinschaft	90
2. Norm, von der nicht abgewichen werden darf	95
II. Der (universelle) Kanon der ius cogens Menschenrechte	96
1. Das Recht auf Leben	98
2. Das Folterverbot	99
3. Verbot der Sklaverei	99
III. Bedeutung dieser Erkenntnisse für die vorzunehmende Untersuchung	99

C. Regionales ius cogens als Lösungsansatz	102
I. Grundlegende Existenzberechtigung eines regionalen ius cogens im Völkerrecht	102
1. Das Argument der Universalität	102
2. Auf der Suche nach dem theoretischen Ursprung des ius cogens	104
3. Bedeutung für die Entwicklung des Völkerrechts	106
4. Drohende Gefahren für überregionale Beziehungen	107
5. Der Vergleich zum regionalen Völkergewohnheitsrecht	109
6. Das ‘persistent objector principle’ als mögliches Hindernis für ein regionales ius cogens	111
7. Stellungnahme	112
II. Voraussetzungen für die Bestimmung von regionalem ius cogens	115
1. Anerkennung durch eine regionale Gruppe von Staaten	116
2. Die Derogationssicherheit als weiteres Kriterium auf europäischer Ebene	117
3. Zwischenergebnis	124
III. Die Vertragsstaaten der EMRK als europäische ius cogens-Gemeinschaft?	125
IV. Die Meinungs- und Pressefreiheit als regionale ius cogens-Normen auf europäischer Ebene?	129
1. Anerkennung der Meinungs- und Pressefreiheit durch die europäische ius cogens-Gemeinschaft	130
2. Derogationssicherheit der Meinungs- und Pressefreiheit auf europäischer Ebene	130
a. Bedeutung für die Demokratie	131
b. Selbstverwirklichung und Selbstbestimmung des Einzelnen	133
c. Zwischenergebnis	136
V. Zwischenfazit	136
D. Das IGH-Urteil in der Sache Deutschland v. Italien in diesem Zusammenhang	137
Teil 4: Die Gewährung von politischem Asyl durch EMRK-Drittstaaten als Handlungsvorschlag zur Aufrechterhaltung des freien Journalismus in Europa	143
A. Ausgangsüberlegung	143

B. Das Zusammenspiel von (regionalem) ius cogens und erga omnes	144
I. Erga omnes – ein völkerrechtliches Phänomen	144
II. Das Verhältnis von ius cogens und erga omnes	147
III. Normen mit erga omnes-Charakter	151
IV. Konsequenz für die europäische ius cogens-Gemeinschaft	151
V. Konkrete Handlungsmöglichkeiten für Vertragsstaaten der EMRK	154
1. Die gerichtliche Durchsetzung von Verpflichtungen erga omnes vor dem EGMR	154
2. Handlungsmöglichkeiten für Vertragsstaaten der EMRK bei Nichtumsetzung von EGMR-Urteilen durch den verletzenden Staat	161
a. Das Ergreifen von Gegenmaßnahmen ('countermeasures') durch Vertragsstaaten der EMRK	161
1) Zulässigkeit von Gegenmaßnahmen im Kontext der EMRK	162
2) Die völkerrechtliche Legitimation für das Ergreifen von Gegenmaßnahmen	166
a) Any State entitled under article 48 (1) ASR	167
b) Lawful measures	168
3) Art und Umfang einer völkerrechtlichen Gegenmaßnahme	171
4) Zwischenfazit	173
b. Völkerrechtliche Verpflichtung der Vertragsstaaten der EMRK zum Ergreifen von Gegenmaßnahmen?	174
C. Reformvorschläge	176
I. Die Notwendigkeit einer kollektiven Entscheidungsregel	177
II. Die Gewährung von politischem Asyl für unterdrückte Journalisten durch die Vertragsstaaten der EMRK	179
1. Gegenwärtiger Stand des Flüchtlings- und Asylrechts auf der Welt und in Europa	180
2. Praktische Vorzüge für die Aufrechterhaltung des freien Journalismus in Europa	186
Schlussbemerkung	189
Literaturverzeichnis	193